

Mini-Wohngebiet soll ausgedehnt werden

Fällt Wohngebiet rund um Tegut-Neubau größer aus? · Kontroverse um Mieterverdrängung im Zentrum

Das am Oberen Rotenberg beschlossene Mini-Wohngebiet ist der CDU zu wenig, sie will in der ZIMT-Regierung eine umgehende Erweiterung des Baugebiets durchsetzen – vor allem, um schneller für mehr Wohnungen in der Stadt zu sorgen.

von Björn Wisker

Marburg. „Gegen hohe und immer weiter steigende Mieten hilft nur mehr Angebot, also das Prinzip bauen, bauen, bauen“, sagt Jens Seipp, CDU-Fraktionschef. Überall dort, wo es attraktive und geeignete Flächen gebe – zumal wenn sie schnell für die Errichtung von Wohnhäusern benutzt werden könnten – müssten sie für diesen Zweck beplant werden. Der Rotenberg „erfüllt genau diese Bedingungen, wir können es uns nicht leisten, das Gebiet weitgehend brach liegen, das Potenzial unausgeschöpft zu lassen“, sagt er im OP-Gespräch.

Denn während vor allem wegen der Vielzahl der Eigentümer am Stadtwald – mit denen erst noch seitens der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) Kaufverhandlungen geführt werden müssen – der Baubeginn am Hasenkopf laut Magistrat erst Mitte der 2020er-Jahre realistisch erscheint, könnten zwischen der Marbach und Wehrshausen Wohnhäuser schon in zwei, drei Jahren – in etwa mit der geplanten Eröffnung eines Tegut-Markts auf dem Ex-Gärtner-Gelände – bezugsfertig sein. Bereits in der verglichenen Betrachtung der Stadtplaner – wie auch in Aussagen während des Bürgerbeteiligungsverfahrens – wurden immer wieder die zeitlichen Unterschiede bei der Umsetzung der Wohngebiete betont. Am Rotenberg würde sich – im Gegensatz zum Groß-Wohnviertel Hasenkopf, wo bis zu 900 Bewohner Platz finden sollen – die Bekämpfung des akuten Wohnungsmangels laut CDU-Politiker Seipp „nicht so in die Länge ziehen“, wenn man „die Dimension des ursprünglichen Vorhabens vor Ort“ umsetze. Das zu tun, sei



Eigentlich hätte neben dem Tegut-Neubau am Oberen Rotenberg, der laut Planung bis Frühjahr 2021 eröffnen soll, ein Wohngebiet für rund 100 Bewohner entstehen sollen – samt perspektivischer Erweiterungsoption. Die CDU will schneller mehr bauen Foto: Björn Wisker

eine „rein politische Entscheidung“.

In der Standortanalyse der Stadtverwaltung ist für das Rotenberg-Wohngebiet eine Kapazität von rund 500 möglichen Neu-Bewohnern ermittelt worden. Laut jüngster parlamentarischer Beschlusslage – fußend auf seinem Kompromiss-Vorschlag aus dem Magistrat, wonach das Rotenberg-Wohnviertel von 200 auf 40 Wohneinheiten schrumpfte – sollen es 100 werden, die in der Nachbarschaft zum Tegut-Markt entstehen.

„Der Rotenberg ist für uns noch nicht abgehakt“

Der Obere Rotenberg steht seit Jahrzehnten als mögliche Siedlungserweiterungsfläche im Regionalplan. Laut Standortanalyse sind „Flächenergänzungen“ über die aktuellen Gebiete hinaus „nicht denkbar“ – aber eben sehr wohl auf genau den 5,4 Hektar, die als mögliche Wohnfläche festgehalten sind. Schon der Beschluss zum Mini-Wohngebiet von Ende 2018 sieht vor, dass man eine Erweiterung perspekti-

visch problemlos anschließen können soll.

Sowohl der Magistrat als auch die Stadtregierung aus SPD, BfM und CDU verweisen bei den Wohngebiets-Fragen seit Monaten auf die Prognose des Regierungspräsidiums Gießen, wonach bis zum Jahr 2030 etwa 3000 mehr Menschen in Marburg leben werden als bisher. „Der Rotenberg ist für uns jedenfalls noch nicht abgehakt“, sagt Seipp. Marbach-Ortsvorsteher Jürgen Muth sagt auf OP-Anfrage, dass er diesen Vorstoß, das Erweiterungsvorhaben generell nun im Ortsbeirat besprechen will.

Wie zentral das Wohnungsthema ist, zeigt sich auch bei der anhaltenden Gentrifizierungs-Diskussion. Während einige Oppositionspolitiker eine Erhaltungssatzung speziell für Oberstadt, Campusviertel und Weidenhausen fordern, lehnt die Parlamentsmehrheit so ein Stadtgesetz ab. Grünen-Politiker Christian Schmidt fordert das „Ausschöpfen kommunaler Handlungsmöglichkeiten“, um Luxussanierungen von Immobilien, Mietsteigerungen und

damit einhergehende Abwanderungstendenzen von Viertel-Bewohnern zu verhindern („Die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung soll bestehen bleiben“). Vorgänge, die der Magistrat als nicht belegbar bezeichnet.

Mehr Wohnungen außen sollen Mieten innen dämpfen

Laut Roland Frese (BfM) wäre eine solche Satzung für die Oberstadt ohnehin nur bis vor 20 Jahren sinnvoll gewesen, um einen „Zustand zu verhindern, der jetzt Realität ist, der aber nicht schützenswert ist“. Denn es seien über die vergangenen Jahre in den attraktiven Innenstadt-Stadtteilen immer mehr große Wohnungen in viele kleinere Parzellen umgewandelt worden. „Mehr Studenten unterzubringen, bringt mehr Profit.“ Und gerade in der Oberstadt habe doch das studentische Klientel alteingesessene Familien verdrängt – zu einem solchen Ergebnis kommt auch eine Studie des Fachbereichs Geografie aus dem Jahr 2015 (OP berichtete). „Gentrifizierung besagt

Verdrängung durch Luxussanierung, aber etwa in der Oberstadt passiert doch seit Jahren eher das Gegenteil. Da werden Besenkammern für 300 Euro vermietet – und diesen Zustand will man mit einer Satzung erhalten? Das ist das völlig falsche Instrument“, sagt auch Anna Zeis (SPD).

Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) will den Wohnungsbau – mit ähnlicher Argumentation wie Seipp – grundsätzlich weiter vorantreiben: „Wir werden den im Westen eingeschlagenen Weg beibehalten und weiter bauen, denn wir wollen die Mieten im Zaum halten, bezahlbaren Wohnraum schaffen.“ Speziell in der Bebauung der kernstadtnahen Bereiche, die mit dem Nahverkehr gut erreichbar seien – zu denen die obere Marbach speziell nach der Rotenberg-Bebauung gehören soll – liege „ein Mittel, um auch die Innenstadt-Situation zu entschärfen“. Einen weiteren Beitrag dazu solle in den kommenden Jahren die Weiterentwicklung des Temmlerstraßen-Gebiets als Verlängerung des unteren Richtsbergs liefern.

MELDUNGEN

Feuerwehr löscht Brand in Rohbau

Marburg. Gestern Abend rückte die Feuerwehr Marburg zu einem Einsatz auf einer Baustelle aus. In einem Rohbau auf einem an das Vitos-Gelände angrenzenden Grundstück in der Capeler Straße brannte es. Laut Auskunft von Einsatzleiter Andreas Kuhl war ein Baustrahler in einen Karton mit Grundiermittel. Dieses wurde durch die Hitze des Strahlers entzündet. Die Feuerwehr hatte den kleinen Brand in einem der oberen Geschosse schnell gelöscht. „Es ist alles gut gegangen und nichts weiter passiert“, sagte Kuhl.

Reifencontainer aufgebrochen

Marburg. Beim Einbruch in einen Reifencontainer müssen die Täter mit einem Transportfahrzeug unterwegs gewesen sein, teilt die Polizei mit. Wie viele Reifen letztlich aus dem Container fehlen, steht nicht fest. Die Kripo fragt: Wer hat zwischen 17 Uhr am Freitag, 1. Februar, und 7.30 Uhr am Montag auf dem Gelände eines Reifenhandels in der Stephan-Niderehe-Straße etwas Verdächtiges beobachtet?

Kontakt zur Kripo: 064 21/406-0.

SPD-Gruppe gegen Regionalplan-Aufnahme

Anti-Allnatalweg-Antrag der Elnhäuser Genossen soll in Partei durchgesetzt werden

Der SPD-Ortsverein Elnhäuser fordert den Magistrat auf, alle „Allnatalweg“-Planungen einzustellen und den Antrag auf Aufnahme der Straße in den Regionalplan Mittelhessen sofort zurückzuziehen.

Fortsetzung von Seite 1
von Björn Wisker

Marburg. Die Elnhäuser Sozialdemokraten stellen sich in einem Beschluss „uneingeschränkt“ hinter die Forderungen der Bürgerinitiative „Allnatalweg: Stop“. Der Ortsverein verlangt sowohl vom eigenen Parteivorstand als auch der Stadtparlaments-Fraktion, sich zu von dem seit Wochen diskutierten Westumfahrungen-Ansatz zu verabschieden. Man solle dafür sorgen, dass die Gremien der Universitätsstadt – also Parlament und Magistrat – einen Beschluss fassen, der vier Punkte enthält, im Kern zwei:

Die Planungen einer Marburger Westumfahrung werden abgelehnt und sofort eingestellt

Der von der Stadt beim Regierungspräsidium Gießen gestellte Antrag für die Aufnahme des „Allnatalwegs“ in den Entwurf zur Festschreibung des Regionalplans Mittelhessen ist sofort zurückzuziehen.

Zudem soll für den Westen Marburgs ein Verkehrsentwicklungs-konzept erstellt werden, das sich an neuen Erkenntnissen und belastbarem Wissen einer nachhaltigen Mobilitätssteuerung orientiere und nicht primär den Neubau oder Ausbau von Straßen mit der Folge weiterer Umweltzerstörung zum Ziel habe. Zu in-

tegrieren seien die Erfordernisse des Pharmastandorts Behringwerke samt Steuerung der Güter- und Individualverkehre.

Nach Ansicht der Elnhäuser-SPD „entbehrt der Allnatalweg jeder verkehrsanalytisch fundierten Grundlage“. Durch eine Weststrecke würde über eine kürzere Verbindung zwischen B3 und B62 „zusätzlicher Durchgangsverkehr angezogen“, das dörfliche Umfeld und das Naherholungsgebiet würden „zerschnitten und zerstört“ – und das bei vermuteten hohen Baukosten und keiner Entlastung, wie

sich Magistrat und Parteispitze das versprechen. Es gelte daher, dem „planerischen Schnellschuss ein Ende zu setzen“. Eine Forderung, die auch Kommunalpolitiker von Grünen und Linken zuletzt forderten – vergeblich.

Die SPD-geführte Stadtregierung ruderte kürzlich trotzdem zurück, die Parlamentsmehrheit beschloss im Vorfeld weiterer Schritte eine – ähnlich wie nun von den Elnhäuser Genossen geforderte – verkehrstechnische Bedarfs- und Machbarkeitsstudie für den Westteil der Stadt.

Die Grünen sehen indes Ähnlichkeiten beim Vorgehen der Stadtspitze bei der Westumfahrung zum gescheiterten Vorhaben der Umwidmung der B3 in die A 485 (OP berichtete). Schon damit, auch wegen mangelnder Einbindung anderer Beteiligten seien Magistrat und Stadtregierung „krachend gescheitert“ und hätten das Projekt nun „leise beerdigt“.

Über den „Allnatalweg“, eine Aufforderung an das für den Regionalplan zuständige Regierungspräsidium diskutierten gestern Abend auch der Ortsbeirat Elnhäuser, BI-Vertreter und Gäste.



Wie den Berufsverkehr rund um den Pharmastandort lenken? Die Kritik am „Allnatalweg“ ist in Elnhausen massiv. Archivfoto

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

von Björn Wisker



Unsere schwarze Liste wird immer länger, der gesellschaftliche Giftschrank immer voller. Fleischkonsum und Flugreisen gelten als ein Frevel, Shopping und Skiurlaub als Sünde, Alkohol und Dieselmotor sind verpönt, Plastik und Glyphosat bringen einen in die Hölle. Die Vision der menschlichen Zukunft erscheint verdammt calvinistisch, also maximal spaßfrei. Legitimiert wird das meist über (vermeintlich) neue Erkenntnisse hier, da, dort. Daraus leitet sich dann zuerst die Moral und dann das Handeln ab. Aber erinnern Sie sich noch an die Zahnbürsten-Studien der Vergangenheit? In dem einen Jahrzehnt galt die weiche, im nächsten Jahrzehnt die harte Variante, und wenn halt alles unklar war, der mittlere Härtegrad als die beste Waffe im Kampf gegen Karies, Bakterien und die schädlichen Gesellen. Es fiel und fällt Otto-Normal-Mensch einfach unglaublich schwer, seine Gewohnheiten an all die neuen und ständig wechselnden Normen und Regeln anzupassen. Das beginnt also beim Zähneputzen und endet bei der Frage, ob man eine Reise mit dem Diesel ins winterliche Österreich, bei der man in Plastikfolie eingewickelte Mettbrötchen als Snack dabei hat, in Vorfreude auf täglich zwei, drei nicht-alkoholfreie Bier auf der Skihütte und den Einkaufsummel in Touri-Kitsch-Läden, tatsächlich unternehmen soll, ob so ein hedonistischer Akt die Hitze des Fegefeuers wirklich wert ist?

MELDUNGEN

Vortrag „Traum in der Psychoanalyse“

Marburg. Morgen wird Dr. Thomas Pollak, Psychoanalytiker ab 20 Uhr im Historischen Rathausaal einen Vortrag mit dem Titel „Der Traum in der Psychoanalyse heute“ halten. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, mit ihm zu diskutieren. Veranstalter ist der Arbeitskreis Marburger Psychoanalytiker in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Marburg und den Instituten für Psychoanalyse und Psychotherapie in Gießen und Siegen-Wittgenstein. Der Kostenbeitrag beträgt 6 Euro, ermäßigt 4 Euro.

Birsl spricht über Antifeminismus

Marburg. Ursula Birsl, Professorin für Demokratieforschung an der Philipps-Universität, wird heute bei der öffentlichen Sitzung der Gleichstellungskommission einen Vortrag über „Antifeminismus (nicht nur) in der radikalen Rechten“ halten. Beginn ist um 17 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal, Barfüßerstraße 50. Anschließend folgt eine Diskussion.

„Bildungspolitik im Ausverkauf?“

Marburg. Die GEW-Studis, der Asta sowie die Fachschaft Erziehungs- und Bildungswissenschaften veranstalten morgen ab 20 Uhr im Saal 00/0080 des Hörsaalgebäudes folgende Veranstaltung: „Bildungspolitik im Ausverkauf? Vom Wert öffentlicher Bildung“. Referent ist Professor Tim Engartner, der an der Goethe-Universität Frankfurt Sozialwissenschaften lehrt.